



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das Jubiläum des Kaisers.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Das Jubiläum des Kaisers.



Wir feiern im Laufe dieser Woche den Tag, an welchem ein Vierteljahrhundert verflossen ist, seit unser Kaiser Wilhelm als König von Preußen den Thron bestieg. Wenn wir bei dieser Gelegenheit eine Predigt zu halten hätten und darin der Geschichte gerecht werden wollten, so könnten wir, wie es scheint, nicht leicht einen geeigneteren Text wählen als einige Stellen in dem Kapitel des Buches Jesus Sirachs, dem Luther in seiner Übersetzung die Überschrift gegeben hat: „Ruhm weiser Obrigkeit. Item von Meidung der Hoffart.“ Dieses Kapitel beginnt mit den Worten: „Das Werk lobt den Meister, und einen weisen Fürsten seine Händel.“ Passender aber als dieser selbstverständliche, wenn auch bei Biographien hochstehender Persönlichkeiten keineswegs immer gewissenhaft beachtete Ausspruch wird manchem in unserm Falle der bald nachher folgende vorkommen: „Es stehet in Gottes Händen, daß es einem Regenten gerate; derselbige giebt ihm einen löblichen Kanzler,“ und noch zutreffender für die Gelegenheit wird dieser Satz, wenn wir ihn mit der weitem Regel aus dem Maximenschätze des Sohnes Sirachs ergänzen: „Einem weisen Knechte muß der Herr dienen, und ein vernünftiger Herr murret nicht darum.“

Wie es dem König Wilhelm in seiner fünfundsiebenzigjährigen Regententhätigkeit geraten ist, weiß die Welt; das Werk lobt den Meister, künftige Geschlechter werden uns um das Glück beneiden, in den Tagen gelebt zu haben, wo dies Werk als ein lange ersehntes aus trüber Zeit sich glorreich erhob, und die Geschichte wird den Fürsten, der den Grund dazu legte, den größten Gefrönten anreihen, von denen sie zu berichten hat. Der erste Kaiser Neudeutschlands ist eine von den historischen Persönlichkeiten, welche, ohne glänzende und sofort in die Augen fallende Eigenschaften, ohne blendende Talente zu besitzen, trotzdem

berufen sind, eine hochbedeutsame Rolle zu spielen, und auf welche die Augen ihres Volkes noch nach Jahrhunderten als auf politische Wohlthäter dankbar zurückblicken. Er ist nicht wie Friedrich der Große, dessen Erfolge die seinen verdunkeln, sein eigener Minister und Feldherr. Er besitzt nicht die Gaben seines verwitigten Bruders: dessen Geist und Wiß, dessen hohe Bildung und dessen feines Verständniß für das Schöne, dessen Liebe zu den Künsten. Die Nachwelt wird ihn nicht als Mäcen zu rühmen haben. Aber er trat ans Staatsruder mit andern Anlagen und Charakterzügen, und zwar gerade mit denen, welche die Lage der deutschen Dinge von einem preußischen Könige damals vor allen andern verlangte. Preußen war unter seinem Vorgänger in die Reihe der Verfassungsstaaten eingetreten, und der Liberalismus strebte die dem Lande verliehene Konstitution so zu deuten und zu erweitern, daß mit ihr das parlamentarische System zur Geltung gebracht sein sollte, diejenige Regierungsform, nach welcher der Schwerpunkt der staatlichen Macht in die Volksvertretung verlegt ist und der Monarch gegenüber der wechselnden Mehrheit der von den Parteien der Bevölkerung gewählten Abgeordneten nicht viel mehr Bedeutung als die einer mit Goldtinte geschriebnen Null hat. Der oberste Träger der Staatsgewalt sollte zum bloßen abstrakten Begriffe, zu einem stummen Vertreter des monarchischen Prinzips gemacht werden. Er sollte nichts als ein Sanktionierungsapparat sein, aufgestellt zu dem Zwecke, die nach den Ansichten und Absichten der Majorität des Abgeordnetenhauses geschaffnen Gesetze für die Praxis einzuweißen. Er sollte diese Gesetze nur durch Minister aus der Mitte jener Majorität ausführen dürfen und gehalten sein, diese seine obersten Räte zu verabschieden, wenn die Majorität direkt oder indirekt erklärte, dieselben hätten ihr Vertrauen nicht mehr. Dieses aus Frankreich importirte Streben nach Verflüchtigung der königlichen Gewalt hatte keinerlei Anknüpfung in der preußischen Verfassung, keinerlei Wurzeln in der deutschen Geschichte, es beruhte auf einer Doktrin, die in der Luft stand, und es würde, wenn es Erfolg gehabt hätte, die Aufgabe, vor welche Preußen durch die Entwicklung der deutschen Verhältnisse gestellt war, zur Unmöglichkeit gemacht haben. Deutschland, mit seiner Zerrissenheit zwischen zwei großen, nach Erweiterung ihres Einflusses und Besitzes begehrenden Militärstaaten gelegen, mußte um Preußen geeinigt werden, und es war Gefahr im Verzuge. Schon tauchte am Gesichtskreise das Schreckensbild eines Schicksals wie das der Teilung Polens auf. Nur ein lebendiges, festes, in seiner Freiheit einzig durch den Wortlaut der Verfassung beschränktes Königtum in Preußen konnte die Einrichtung schaffen und zunächst vorbereiten, welche vor solchem Schicksale bewahrte. Ein nach dem Muster des fremdländischen Parlamentarismus gelähmter und beengter preußischer Monarch hätte dieses Problem niemals zu lösen vermocht, und wenn anderseits zu jenem Zwecke an eine Rückkehr zum Absolutismus gedacht werden durfte, so erwies diese sich bei genauer

Prüfung als durch die Umstände ausgeschlossen. Mit König Wilhelm bestieg ein Mann den Thron, welcher gegenüber dieser kritischen Situation und den aus ihr entsprungenen Bedürfnissen der rechte Mann war. Mit seinem klaren Blick und seinem festen Willen betrat und verfolgte er den Mittelweg zwischen den Extremen, den Weg der Möglichkeit zwischen den Unmöglichkeiten des Parlamentarismus und des Absolutismus. Seine Jugenderinnerungen hätten ihm den letztern empfehlen können, seine militärische Laufbahn wies ihn ebenfalls dahin, aber sein streng gewissenhafter Sinn, sein königliches Pflichtgefühl und sein Verstand ließen ihn, Neigungen dieser Art zurückdrängend, die Bahn des Verfassungsrechtes einschlagen und auch da nicht verlassen, wo es möglich schien. Gott gab ihm „einen löblichen Kanzler,“ der ihn durch sein Genie ergänzte, ihm in trüber Zeit „Seelenarzt“ war und ihm dunkle Wege erleuchtete, und er erkannte dessen Wert an und hielt fest und getreu zu ihm, und zwar nicht bloß, wie man vermuten könnte, weil er unentbehrlich war. Wäre es aber wirklich nur diese Rücksicht gewesen, so würde es immer noch ein Zeugnis für den klaren und weiten Blick des Monarchen und für seine Befähigung sein, seine Neigungen dem Staatswohle unterzuordnen, das in einer hervorragenden Intelligenz vertreten und gefördert wird — eine Befähigung, die umsomehr zu verehren ist, als sie bei Fürsten nicht oft gefunden wird, als ferner der Kaiser ein starkes und sehr berechtigtes Gefühl von seiner Würde hat, und als es zu keiner Zeit an Versuchen gefehlt hat, den Kanzler bei ihm in übles Licht zu stellen und namentlich bei dem Monarchen die Empfindung hervorzurufen, daß der Diener eigentlich der Herr sei und es sein wolle.

Zu diesen Eigenschaften kommt eine andre, die höchste in Zeiten der Entscheidung, wie sie Preußen und Deutschland in den Jahren der Regierung König Wilhelms erlebten. Der Kaiser ist in erster Reihe Soldat, er ist der Typus des preußischen Offiziers mit allen rühmlichen Zügen dieses Standes, allen militärischen Tugenden und allen nützlichen Instinkten desselben. Er verkörpert die Tradition der Armee, und sein Geist ist es, der sie befehlet, er hat begriffen, was ihr vor 1860 fehlte, und ihm vor allen gebührt das Verdienst, sie der Aufgabe gewachsen gemacht zu haben, die sie sechs Jahre zu lösen hatte. Er hat die Schlacht bei Königgrätz gewonnen, nicht als Strateg, wohl aber als der Schöpfer der gewaltigen Waffe, mit welcher der Sieg erfochten wurde. Das preußische Militärsystem wurde seitdem mit seinen Vorzügen Gemeingut aller deutschen Lande und damit das Werkzeug zu festerem Zusammenschluß derselben und zur Gewinnung sicherer Grenzen nach Westen hin. Der rechte Politiker führt Krieg nur um des Friedens willen, um sich dauernden Frieden zu verschaffen. Als das erreicht war, verwandelte sich der Kriegsmann mit der Kaiserkrone in den friedfertigsten Monarchen, den die Welt je gesehen hat, und die Nachbarn lernten allmählich an diese seine Denkart glauben und ihr vertrauen.

Der Kaiser ist sich hinsichtlich seiner politischen Anschauungen und seiner Stellung zu den Parteien im wesentlichen immer gleich geblieben, obwohl die Meinung über ihn wechselte. In den Märztagen von 1848 nahm man an, daß er die Zugeständnisse seines Bruders an die Demokratie mißbillige und zu einer Reaktion hinneige. Als infolge der Maßlosigkeiten des Liberalismus wirklich eine Reaktion hereinbrach und ihrerseits vielfach das billige Maß außer Acht ließ und das Recht bedrohte, welches die neuen Institutionen gebracht hatten, verlautete, daß der Prinz von Preußen die Ausschreitungen dieser Politik ungern sehe, und infolge dessen erfuhr die öffentliche Meinung über ihn einen Umschwung: er, der bisher zu den Freunden des mit dem Erlaß der Verfassung begraben, zu den Fürsprechern des Absolutismus gezählt worden war, galt fortan als gemäßigt liberal, und als nach 1854 die Nebenbuhlerschaft zwischen Preußen und Oesterreich schroffere Gestalt annahm, ersteres sich mehr auf seine nationale Aufgabe besann, und auch in der deutschen Bevölkerung sich lebhafteres und verständigeres Streben in dieser Richtung zu erkennen gab, erschien Prinz Wilhelm weiten Kreisen als stilles Haupt der Partei, welche auf eine Wiedergeburt Deutschlands unter der Leitung der Hohenzollern hinarbeitete. Die Hoffnungen, welche sich an seine Person knüpften, als er im Verlaufe der Krankheit seines Bruders zu dessen Stellvertreter in der Regierung berufen wurde, erfüllten sich, zunächst nach der Seite der innern Politik Preußens. Der Prinz-Regent entließ das bisherige Ministerium und ersetzte es durch Männer von gemäßigt liberalen Grundsätzen. Zu gleicher Zeit sprach er in dem Reskript vom 8. November 1858 seine politischen Maximen und Ziele aus. Dieselben faßten sich in die Worte zusammen: Kein Bruch mit der Vergangenheit, aber Reform, wo sich noch Willkür und Unbilligkeit zeigen. Es soll gewissenhaft gehalten werden, was versprochen ist, aber auch fest abgewehrt, was nicht versprochen ist. Die Phrase, daß die Regierung stetig liberale Ideen entwickeln müsse, weil sie sich sonst selbst Bahn brechen würden, ist ein Irrtum. Wenn in allen ihren Handlungen Wahrhaftigkeit, Geseßlichkeit und Konsequenz sprechen, so ist sie stark, weil sie dann ein gutes Gewissen hat. Nachdem sich dann das Programm sehr entschieden gegen das orthodoxe Pharisäertum gewendet, welches in die Kirche eingedrungen war, deutete es die Armereform an, die dem Regenten am Herzen lag, und damit zugleich die Ziele, die mit ihr allein erreicht werden konnten. Indes standen die letztern wohl noch nicht völlig klar und fest vor den Augen des Verfassers dieses Manifestes, wie ja auch Bismarcks Ansicht von der Verwirklichung der deutschen Einigkeit durch Preußen in ihrer Entwicklung noch eine Stufe einnahm, welche nicht die letzte war. Zwar sagte das Programm des Regenten, es würde ein verhängnisvoller Irrtum sein, wenn man eine wohlfeile militärische Einrichtung für genügend halten wollte, da sie in der Stunde der Gefahr die in sie gesetzten Erwartungen täuschen würde; Preußens Heer müsse stark sein und Achtung gebieten, um, wenn es nötig, ein

schweres Gewicht in die Waagschale werfen zu können; dann aber hieß es weiter, in Deutschland müsse Preußen moralische Eroberungen machen durch weise Gesetzgebung im Innern, durch Anerkennung aller ethischen Kräfte und durch Heranziehung von einigenden Elementen wie der Zollverein, die Welt müsse erfahren, daß es stets bereit sei, das Recht zu schützen. Eine feste, folgerichtige und thatkräftige Politik werde, unterstützt von Klugheit, sicher Preußen die Achtung und den Einfluß gewinnen, über die es mit seinen physischen Mitteln allein nicht gebieten könne.

Jeder von diesen Sätzen enthielt Wahrheit an sich, aber die in der Bevölkerung herrschende Partei eignete sich davon nur das an, was zu ihrer Theorie und ihren Zwecken paßte, und noch fehlte dem Monarchen der „löbliche Kanzler,“ der mit genialem Blicke den Weg fand, wie diese Wahrheiten zu verwirklichen waren. Was in dem Reskript gegen die Heuchelei der kirchlichen Reaktion und über die Stellung des Regenten zur deutschen Frage gesagt war, fand den Beifall der öffentlichen Meinung in der Presse und im Abgeordnetenhaus, die Stellen über die Reorganisation der Wehrkraft Preußens dagegen begegneten geringem Verständnis und kurzzeitigem Mißtrauen. Der Stil, in welchem der Regent sich nach dem Tode seines Bruders krönen ließ, vermehrte durch seine Betonung des Prinzips der Legitimität die Unzufriedenheit der Liberalen, denen die Idee der Volkssouveränität noch von 1848 her in den Gliedern steckte. Die Verstärkung der Armee erschien ihnen nicht als das, was sie war, als Vorbereitung des deutschen Einigungswerkes, das sich, wie die Dinge standen, auf friedlichem Wege, mit bloß moralischen Mitteln nicht beginnen ließ, sondern als eine gegen sie selbst gerichtete Maßregel. Das Ministerium der „neuen Ara“ vermochte weder mit dieser Opposition fertig zu werden, noch mit der Lösung der deutschen Frage Fortschritt zu machen. Es folgte die Konfliktzeit, der Kampf zwischen dem Parlamentarismus und dem recht verstandnen, auf dem Wortlaute der Verfassung fußenden Konstitutionalismus, in welchem Bismarck dem Könige als neuer oberster Rat zur Seite stand. In der Thronrede vom 14. Januar 1862 sagte der Monarch dem Landtage, die Entwicklung der preussischen Institutionen müsse so vor sich gehen, daß sie der Stärke und Größe des Landes diene, nicht aber die Rechte der Krone und die Sicherheit Preußens gefährde, und in einem an das Ministerium gerichteten Reskripte vom 19. März erklärte er es für seine Pflicht und feste Absicht, die Verfassung und die Rechte der Volksvertretung in ihrer vollen Ausdehnung zu achten, zu gleicher Zeit aber auch die Rechte der Krone ungeschmälert zu verteidigen und zu wahren, weil Preußen dieselben zur Ausführung seiner Aufgabe bedürfe, und weil ihre Schwächung den Untergang des Vaterlandes einschließen würde. Als die Majorität des Abgeordnetenhauses die Kosten der Heeresreorganisation für das laufende Jahre abzulehnen beschloß, das Herrenhaus aber diesen Beschluß verworfen hatte, erklärte Bismarck: „Die Regierung Seiner Majestät des Königs

befindet sich in der Notwendigkeit, den Staatshaushalt ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Unterlage führen zu müssen. Sie ist sich der Verantwortlichkeit in vollem Maße bewußt, die ihr aus diesen beklagenswerten Zustände erwächst, sie ist aber ebenso der Pflichten eingedenk, welche ihr gegen das Land obliegen, und findet darin die Ermächtigung, bis zur gesetzlichen Feststellung des Etats die Ausgaben zu bestreiten, welche zur Erhaltung der bestehenden Staatseinrichtungen und zur Förderung der Landeswohlfaht notwendig sind, indem sie die Zuversicht hegt, daß dieselben seiner Zeit die nachträgliche Genehmigung erhalten werden. Sie ist von der Überzeugung durchdrungen, daß eine gedeihliche Entwicklung unsrer Verfassungsverhältnisse nur dann erfolgen kann, wenn jede der gesetzlichen Gewalten ihre Befugnisse mit derjenigen Selbstbeschränkung ausübt, welche durch die Achtung der gegenüberstehenden Rechte und durch das verfassungsmäßige Erfordernis der freien Übereinstimmung der Krone und eines jeden der beiden Häuser des Landtages geboten ist.“

Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses ließ sich davon nicht überzeugen, sie erkannte nur das Recht der einen von den drei Gewalten, ihr Recht an, sie glaubte damit dem Könige andre Minister aufzwingen zu können, und versuchte zu dem Zwecke die Regierung in ihrer Politik nach Möglichkeit zu hindern. Aber der König hielt, so sehr der Konflikt mit seinen Folgen für die Stimmung eines großen Teiles der Bevölkerung sein Herz traf, fest an seinem Rechte und seinen Räten, den Verteidigern dieses Rechtes, und für die preußische Politik, für den Sieg der deutschen Idee, für welche die Opposition in ihrer blinden Rechthaberei nur Worte hatte, gegen welche sie sogar Beschlüsse faßte, war dies ein Glück. Die Festigkeit des Königs und seines ersten Ministers in diesem Streite haben Preußen und mit ihm Deutschland groß gemacht. Der von der Opposition erstrebte Parlamentarismus hätte, wenn es ihm gelungen wäre, die Oberhand zu gewinnen, das Gegenteil herbeigeführt. Hätte König Wilhelm 1860 bis 1866 sich gezwungen gesehen, seinen Willen dem der Majorität des Abgeordnetenhauses unterzuordnen und mit Ministern aus der Mitte dieser Majorität zu regieren, so wäre die Umbildung der Armee unterblieben; denn diese liberale Mehrheit begriff die Notwendigkeit derselben für die Verwirklichung der deutschen Einigung nicht. Eine zweite Folge des zur Geltung gelangten Parlamentarismus wäre gewesen, daß der König durch seine Regierung die polnischen Rebellen von 1863 im Sinne jener Majorität ermutigt und unterstützt und sich dadurch Rußland entfremdet hätte, dessen Wohlwollen Preußen für seine Pläne in Deutschland dringend bedurfte. Endlich würde man 1864 in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit sich, wie das Abgeordnetenhaus wollte, in die Dienste des Bundestages begeben und eine Bundesexekution mit preußischen Mitteln vollzogen haben; die gemeinsame Operation mit Oesterreich wäre unterlassen worden, und Preußen wäre ohne diese der Maßregelung durch die übrigen Großmächte verfallen, die Herzogtümer würden dann unter dänischer

Fremdherrschaft geblieben und der deutsche Bund würde durch den Gehorsam Preußens gegen ihn verewigt worden sein oder wenigstens noch heute bestehen, und mit ihm die Zerrissenheit und Ohnmacht der deutschen Nation.



Die hannoversche Gesellschaft.

I. Vor der Annexion.



Alle Hannoveraner, welche auch andre Gaue und Städte des deutschen Vaterlandes kennen gelernt haben, stimmen darin überein, daß sich die Gesellschaft in keinem Teile desselben so homogen, so wie aus einem Guß entwickelt habe, wie in dem Gebiete des ehemaligen Königreiches Hannover. Nur hier setzte sie sich aus ganz bestimmten Kreisen zusammen und bewegte sich nach streng vorgeschriebnen, von ihren Mitgliedern innegehaltenen Gesetzen, welche dem Fremden zwar häufig wunderbar, aber dem Hannoveraner, der unter ihrem Zwange aufgewachsen war, so selbstverständlich erschienen, daß er fern von der Heimat überall die Institution vermißte, welche er unter jenem Namen kannte. Da aber die festen Schranken, welche die alte hannoversche Gesellschaft zusammenhielten und gegen alle ihr nicht angehörenden Elemente absperreten, infolge des Eindringens altpreußischer Anschauungen mehr und mehr zusammenbrechen, so scheint es an der Zeit, ihrer Organisation und ihres auch jetzt noch nicht erloschenen Einflusses in Kürze zu gedenken, ihre Vorzüge hervorzuheben, aber auch ihre Mängel nicht zu verschweigen.

Flüchtige Schriftsteller, aber auch ernste Historiker, haben immer und immer wieder behauptet, daß der hannoversche Adel während der Zeit, in welcher die Kurfürsten aus dem jüngern Zweige des welfischen Hauses als Englands Könige von Windsor Castle aus die halbe Welt beherrschten, das Stammland derselben allein regiert habe. Dieser Anschauung liegt etwas Wahres zu Grunde, und doch ist sie nur bis zu einem gewissen Punkte richtig. Zwar hatte der Adel sich in der Justiz, in der Verwaltung, in der Armee die höchsten Stellen, zumal die Stellen der Minister, der Präsidenten des Oberappellationsgerichts, der Landdrosten, die des kommandirenden Generals — des Feldmarschalls, wie sein Titel lautete — vorbehalten; aber dicht hinter ihm standen in zweiter Linie bei allen Behörden Bürgerliche. Wir treffen sie als Geheime Kanzleisekretäre (vortragende Räte in den verschiedenen Ministerien), als Räte bei den